



## Beschlussvorlage

**Amt:** Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum

**TOP:** \_\_\_\_\_

**Vorl.Nr.:** V/2013/2992

**Anlage Nr.:** \_\_\_\_\_

**Datum:** 24.01.2013

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Kultur, Generationen und Soziales	14.05.2013	öffentlich
Rat	15.07.2013	öffentlich

### Tagesordnung

Resolution für den Erhalt der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus  
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2013

### Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Hennef fordert die Bundesregierung und das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf, die Förderung für die mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus auch über das Jahr 2013 hinaus zu verlängern, um den Kommunen, privaten Initiativen, Schulen und Vereinen auch weiterhin eine kompetente Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema Rechtsextremismus zu bieten.

### Begründung

Der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus in Köln droht im nächsten Jahr das Aus, weil die Förderung durch das Bundesförderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ Ende des Jahres ausläuft und nach Angabe der Beratungsstelle kein Ersatz in Sicht ist. Die mobile Beratungsstelle bietet Information, Bildungsarbeit und Unterstützung für Kommunen, Vereine, Initiativen und Schule im Rhein-Sieg-Kreis im Umgang mit Rechtsextremismus. Auch der Hennefer Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus und die Stadtverwaltung wurden bereits von der mobilen Beratungsstelle des Regierungsbezirks in Köln beraten. Es kann daher nur im Sinne der Stadt Hennef sein, dass dieses Angebot auch in Zukunft erhalten bleibt.

Hennef (Sieg), den 24.01.2013

Klaus Pipke  
Bürgermeister